



Gemeinde Ostseebad **BINZ**



**DNR**  
DEUTSCHER  
NATURSCHUTZRING

**GREENPEACE**



Deutsche Umwelthilfe



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



Umweltinstitut  
München e.V.



Offener Brief an

Bundeskanzler Olaf Scholz

per eMail

Berlin, 31. Januar 2024

## **Herr Bundeskanzler, folgen Sie dem Beispiel von US-Präsident Biden: LNG-Moratorium auch für Deutschland!**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die UN Klimakonferenz hat im Dezember beschlossen, die Abkehr von der Nutzung fossiler Energien weltweit deutlich voranzutreiben. Unter anderem mit Blick auf die Klimawirkung von Methan hat US-Präsident Joe Biden am 26. Januar 2024 ein Moratorium für Bau und Genehmigung neuer LNG-Exportterminals in den USA angekündigt. Neue Terminals sollen erst genehmigt werden, wenn umfangreiche Klima- und Umweltprüfungen nachgeholt wurden. Wir bitten Sie, dies auch in Deutschland zu tun.

Die bisherigen LNG-Terminals in Deutschland wurden ohne Umweltverträglichkeitsprüfung gebaut und genehmigt. Das LNG-Beschleunigungsgesetz hat eigens dafür eine Ausnahme geschaffen. Auch eine Überprüfung der Klimafolgen hat bisher für keines der Terminals stattgefunden.

Die Gasversorgung in Deutschland und Europa ist nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und dem Stopp russischer Lieferungen inzwischen gesichert. Die Speicher sind nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa gut gefüllt. Neue LNG-Terminals haben in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern den Betrieb aufgenommen. Die Auslastung der Terminals ist gering, es bestehen bereits jetzt Reserven.

Nun ist es an der Zeit, auch in Deutschland Bau und Genehmigung weiterer LNG-Terminals auf den Prüfstand zu stellen. Das LNG-Beschleunigungsgesetz muss dafür ausgesetzt, die Alarmstufe des Notfallplan Gas zurückgenommen werden.

Herr Bundeskanzler, folgen Sie dem Vorbild von US-Präsident Biden: Sprechen Sie ein Moratorium für Bau- und Genehmigung neuer LNG-Anlagen aus! Als erster wichtiger Schritt sollte dafür das besonders fragwürdige LNG-Terminal auf Rügen sofort gestoppt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Karsten Schneider  
Bürgermeister Gemeinde Ostseebad Binz



Sascha Müller-Kraenner  
Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe



Kai Gardeja  
Tourismusdirektor Gemeinde  
Ostseebad Binz



Olaf Bandt  
Vorsitzender des BUND



Fabian Holzheid  
Politische Geschäftsführung /  
Vorstand Umweltinstitut München



Prof. Dr. Kai Niebert  
Präsident des DNR



Heike Vesper  
WWF-Vorständin Transformation  
Wirtschaft & Politik



Leif Miller  
NABU-Bundesgeschäftsführer



Martin Kaiser  
Geschäftsführender Vorstand  
Greenpeace Deutschland

Ansprechpartner für diesen gemeinsamen offenen Brief:

Constantin Zerger  
Leiter Energie und Klimaschutz Deutsche Umwelthilfe  
0160 433 40 14 / [zerger@duh.de](mailto:zerger@duh.de)